

Kronprinz und Thronfolger*

Von Lothar Hö b e l t

I. Das „Kronprinzensyndrom“

Kronprinzen, die das Unglück haben, ihre Thronbesteigung nicht mehr zu erleben, werden von der Geschichtsschreibung, geschweige denn von der populären „Erinnerungskultur“, in der Regel stiefmütterlich behandelt. Nur Spezialisten erinnern sich an die beiden Dauphins, Sohn und Enkel, die Ludwig XIV. nicht überlebten, an Frederick (1707–1751), den Sohn Georgs II., Balthasar Carlos (1629–1646), den Erstgeborenen Philipps IV., oder auch Ferdinand IV., der 1654 wenige Wochen nach seiner Wahl zum römischen König starb. Vor dieser Art geflissentlicher *damnatio memoriae* hat Kronprinz Rudolf (1858–1889) und seinen Cousin, den Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand (1863–1914), nicht zuletzt die dramatische Art ihres Todes bewahrt: Mayerling und Sarajewo sind nicht bloß Fachleuten ein Begriff.¹

Kronprinz Rudolf und Franz Ferdinand gelten in vieler Hinsicht als Kontrastpaar: der vielgerühmte Liberalismus des Kronprinzen und der katholisch-konservative Thronfolger; die unglückliche Ehe Rudolfs und die umstrittene Liebesheirat Franz Ferdinands. Beiden gemeinsam ist freilich, dass sie auf Grund der Umstände ihres Todes nicht nur Gegenstand zahlreicher Verschwörungstheorien wurden, sondern vielfach auch zur „letzten Hoffnung der Habsburgermonarchie“ im Sinne lebensrettender Reformen hochstilisiert wurden. So unterschiedlich ihre Anliegen, Vorhaben und Pläne auch sein mochten, der gemeinsame Nenner dabei war nicht zuletzt der Konflikt oder doch zumindest die latente Spannung mit dem Vater bzw. Onkel, Kaiser Franz Joseph.

Dieser Konflikt ist vielfach zum Gegenstand psychologischer Erörterungen gemacht worden; er zählt jedoch im Rahmen konstitutioneller Monarchien

* Für den Druck erweiterter und mit Anmerkungen versehener Vortrag bei der Jahreshauptversammlung des Historischen Vereins für Steiermark 1913.

¹ In dieser Beziehung kann – nicht zuletzt dank Schiller – aus dem älteren Fach bloß Don Carlos mithalten.

nahezu zum Normalfall. Man könnte hier beinahe von einem „Kronprinzen-syndrom“ sprechen, als Charakteristikum von konstitutionellen Monarchien mit ihrer Balance zwischen parlamentarischen Mehrheiten und monarchischen Prärogativen. Die britische oder preußische Geschichte liefert hier so manches Beispiel. Die Fundamentalopposition mag sich einer anderen Dynastie zuwenden, Stuarts oder Welfen, oder klammheimlich von der Republik schwärmen; „His Majesty’s Loyal Opposition“ hingegen scharte sich um den Thronfolger. Die Tories der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts kokettierten noch mit Jakob III. im römischen Exil; die dissidenten Whigs mit dem Prince of Wales, Frederick, König Georgs II. Sohn. Carlton House und St. James galten im England der 1730er- und 40er-Jahre als Rivalen, wie später das Belvedere und Schönbrunn.² Diese Kombination musste keineswegs auf langfristiger inhaltlicher Übereinstimmung beruhen. Zwei Generationen später pflegte Georg IV. als Thronfolger engen Umgang mit den Whigs; als Regent hielt er an der Vorherrschaft der Tories fest, vielleicht sogar noch konsequenter als sein Vater.³

Auch im Preußen des 19. Jahrhunderts lässt sich ein ähnliches Muster erkennen: Während Wilhelm I. – von den paar Jahren des Verfassungskonflikts (1862 bis 1866) einmal abgesehen – eine Politik der Fusion, in Italien hätte man gesagt: des *trasformismo*, verfolgte, eine „große Koalition“ der staatstragenden Parteien, von Liberalen und Konservativen, die Parteien selbst aber nach Möglichkeit domestizieren und der Eigeninitiative berauben wollte, hielten sich die entschiedenen Liberalen, insbesondere nach der Rechtswende Bismarcks 1877/78, an den Kronprinzen Friedrich (III.); die entschiedenen Konservativen wiederum setzten ihre Hoffnungen auf dessen Sohn, den späteren Kaiser Wilhelm II. Keiner von beiden zeigte hingegen irgendwelche Sympathien für das von Bismarck zum „Reichsfeind“ erklärte katholische Zentrum mit seinen verdächtigen Verbindungen zu Polen, Welfen und Vatikan. Das preußische Beispiel zeigt auch anschaulich, wie der Vater-Sohn-Konflikt auf der persönlichen Ebene entschärft werden konnte, sobald sich die Opposition – in diesem Punkt ganz den konstitutionellen Gepflogenheiten folgend – nicht gegen den Monarchen, sondern den übermächtigen Premier als den „bösen Geist“ richtete, Bismarck, oder in Österreich eben Taaffe.

² Andrew C. THOMPSON, *George II. King and Elector*, New Haven 2011, 111f.

³ In diesem Sinne ließ auch Bismarck verlauten, er lege dem Liberalismus des Kronprinzen, *der bei allen Thronfolgern üblich wäre*, wenig Bedeutung bei. *Wenn der Herr später das Regiment in Händen hätte und selbst die Verantwortung tragen müßte, würde er wohl anders denken.* zitiert bei Brigitte HAMANN, *Rudolf. Kronprinz und Rebell*, Wien 1978, 204.

II. Der liberale Kronprinz

Kronprinz Rudolf war ein Liberaler. Dieser Satz ist – nach allem, was wir von ihm wissen – zweifellos richtig. Die Chiffre bedarf freilich einiger Zusatzqualifikationen. Zum einen, Liberaler zu sein hieß im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts zuallererst einmal antiklerikal zu sein, und es hieß in der Habsburgermonarchie selbstverständlich auch, deutschliberal zu sein (oder mit den Deutschliberalen zumindest zu kooperieren). Nun waren die Deutschliberalen selbst jedoch eine sehr heterogene Gesellschaft, die von antirevolutionären Kommissköpfen wie dem Grafen Eduard Clam-Gallas am rechten Flügel bis zu revoluzzerhaften Linksaußen wie Georg v. Schönerer reichten. Im Zentrum der Liberalen aber ging in den Jahren, als Rudolf in Prag erste Erfahrungen sammelte, der Konflikt zwischen Eduard Herbst und der Familie Plener in eine weitere Runde.

Rudolf folgte hier ganz offensichtlich der Linie Ernst v. Pleners und seiner sogenannten „bosnischen Linken“, auch wenn die persönlichen Kontakte nicht so intensiv waren, wie von manchen vermutet.⁴ Rudolf verurteilte – wie Plener – die ablehnende Haltung Herbsts, was die Okkupation Bosnien-Herzegovinas 1878 betraf – und das nicht bloß als *captatio benevolentiae* an die Adresse seines kaiserlichen Vaters, sondern aus Überzeugung.⁵ Gleichsam als erzieherische Maßnahme billigte Rudolf sogar die Bildung des später so angefeindeten Kabinetts Taaffe 1879, jedoch bloß das ursprüngliche Konzept eines über den Parteien stehenden „Kaiserministeriums“ mit beschränkter Laufzeit, nämlich so lange, bis die Liberalen ihren Fehler eingesehen hatten und ihren Platz als „natürliche“ Regierungspartei „Österreichs“ wiederum einnehmen konnten.

Die Bildung einer mehrheitsfähigen parlamentarischen Rechten, des „Eisernen Ringes“ aus Polen, Tschechen und alpinen Klerikalen, als Fundament für ein antiliberales Regime auf Dauer, war für Rudolf hingegen Anathema. Auch

⁴ Ernst v. Plener beschwerte sich, Taaffe habe beim Kaiser den Eindruck hervorgerufen, Plener versuche den Kronprinzen gegen seinen Vater auszuspielen; vgl. Ernst PLENER, *Erinnerungen*, Bd. II, Stuttgart 1921, 285, 370.

⁵ Auch die Charakterisierung Herbsts als eines *ängstlich nach der Presse schielenden* Politikers, der *sich herumführen läßt statt zu leiten* (Brigitte HAMANN [Hg.], *Kronprinz Rudolf*. „Majestät, ich warne Sie ...“ Geheime und private Schriften, Wien 1979, 57) knüpft an Plener'sche Kritiken an. Unter diesem Gesichtspunkt sind auch Rudolfs Beziehungen zu Szeps' „Neuem Wiener Tagblatt“, und nicht zu dessen Rivalen, Herbsts Leib- und Magenblatt, der ‚Neuen Freien Presse‘, einzuordnen, vgl. Lothar HÖBELT, *Die deutsche Presselandschaft*. In: *Die Habsburgermonarchie 1848–1918*, Bd. VIII/2, Wien 2006, 1819–1894; hier: 1839f., 1851; DERS., *Der schwarz-gelbe Reichskritikus: Eduard Herbst (1820–1892)*. In: *Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung* 19 (2007), 193–209.

in diesem Punkt traf er sich mit Hoffnungen und Enttäuschungen Pleners, der sich als prädestinierter Führer einer geläuterten liberalen Partei sah. Plener hatte deshalb in den ersten Monaten des Kabinetts Taaffe noch mit der Regierung kooperiert – umso größer war seine Wut, als er feststellen musste, dass Dankbarkeit keine politische Kategorie ist. Taaffe nützte die Bereitwilligkeit der bosnischen Linken, ihm bei der Verabschiedung des Wehrgesetzes zu helfen – und ließ sie dann 1880/81 schrittweise fallen. Plener begann daraufhin seinen persönlichen Rachefeldzug gegen Taaffe, den er um jeden Preis zu stürzen versuchte.

Der Zeitpunkt des dialektischen Umschlages von der Lektion, wie sie die Herbst'schen Liberalen vielleicht sogar verdient hatten, zur antiliberalen Gegenbewegung, die Rudolf wie Plener schärfstens ablehnten, war mit der Demission der liberalen Minister gegeben, die, wie beispielsweise der Steirer Karl v. Stremayr, noch eine Zeitlang im Kabinett Taaffe verblieben waren. Für die Öffentlichkeit aber war es vor allem ein Ereignis, das aufrüttelnd wirkte, nämlich die „Schlacht von Kuchelbad“, die für Übelwollende das Schreckbild heraufbeschwor, die Regierung lasse ihre Gegner vom Mob bekämpfen oder sähe einer solchen Entwicklung zumindest untätig zu. Ausgangspunkt war eine Szene, wie sie sich in der Monarchie noch vielfach wiederholen sollte: Deutsche Corpsstudenten waren in einem beliebten Ausflugslokal im Prager Vorort Kuchelbad am 28. Juni 1881 von Tschechen überfallen worden. Die Straßenkrawalle setzten sich in den nächsten Tagen in der Prager Innenstadt mit Demonstrationen fort.⁶

Kuchelbad führte zur ersten dokumentierten Intervention Rudolfs in die österreichische Innenpolitik – und zu einer erfolgreichen. Rudolf schrieb seinem Vater einen Brief nach Ischl, den Franz Joseph umgehend mit folgendem Kommentar an seinen Ministerpräsidenten weiterleitete: *Beiliegend schicke ich Ihnen einen Teil eines so eben erhaltenen Briefes Rudolphs, der von den Prager Zuständen handelt. Mag auch Manches darin etwas grell gefärbt sein, so bleibt immer genug übrig, um die Sache sehr bedenklich zu finden und die dringende Notwendigkeit zu zeigen, rasch und energisch ein Ende zu machen. [...] Die Unordnung dauert schon viel zu lange, der Statthaltereivizepräsident schwankt herum und läßt sich die Zügel der Gewalt aus den Händen winden. Alles redet drein und agitiert in verschiedenen Richtungen. Nachdem der Statthalter nicht genügend Pflichtgefühl besitzt, um trotz Gesundheit an seinen Posten zu eilen, so*

⁶ Beschreibungen des Zwischenfalls in Bohemia, 29. 6. 1881, S. 5/6; 30. Juni 1881, S. 3; ein Aufruf der deutschen Landtagsabgeordneten vom 4. Juli wurde konfisziert; vgl. Otto URBAN, Die tschechische Gesellschaft 1848 bis 1918, Wien 1994, 520.

bitte ich zu erwägen, ob nicht ein anderer, tüchtiger Beamter zur provisorischen Ausübung der Geschäfte nach Prag zu schicken wäre.

Mit einem Wort, es muß Ordnung werden und zwar bald, denn sonst leidet die Autorität der jetzigen Regierung, die ich erhalten sehen will, weil ich sie für notwendig erachte, die sich aber nur halten kann, wenn sie stark ist.⁷

Rudolfs Intervention wurde ernst genommen und zeitigte auch Wirkung. Sie gab den Startschuss zu einem Postenkarussell in den oberen Rängen der politischen Verwaltung. Der neue Statthalter FML Baron Alfred Kraus, ein doppelsprachiger Böhme aus Pardubitz, ehemals in der Militärkanzlei des Kaisers tätig, griff durch, tat aber auch sein Möglichstes, im Landtag „von einer prämeditierten Diskussion der wieder nur zur Verbitterung der Gemüter führenden Kuchelbader Vorfälle abzuhalten“.⁸ Die unbeabsichtigten Folgen seiner Intervention machten sich in einer Stabilisierung des ungeliebten Systems Taaffe bemerkbar. Während Rudolf das Ministerium als Gefangenen seiner Mehrheit sah und alle Konzessionen an die Parteien des Eisernen Ringes anprangerte⁹ – was den Interessen der liberalen Partei entsprach, nicht unbedingt dem Konzept eines parlamentarischen Ministeriums –, sahen die Konservativen ihrerseits in Taaffes Regiment ein verkapptes liberales Regime, das weitgehend resistent gegen alle Initiativen von rechts war, und den Liberalen bloß die Plätze warm halte.¹⁰ Wenn Konservative wie Graf Egbert Belcredi von Taaffe als „Seiltänzer und Achselträger“ sprachen, glich ihre Kritik – spiegelverkehrt – der abschätzigen Bemerkung Rudolfs: *Der ist für alles zu haben, er kann an einem Tag Pfaffe und Demokrat sein.*¹¹

Parteipolitik war im alten Österreich vom Nationalitätenkonflikt schwer zu trennen. Die Klagen, dass es in Österreich eigentlich nur nationale – und keine „politischen“ – Parteien gäbe, zählte zum liberalen Standardrepertoire. Dabei handelte es sich freilich um Krokodilstränen, leiteten die Liberalen als vermeintlich einzige „politische“ Partei doch gerade daraus ihren Herrschaftsanspruch als „einzig mögliche Regierungspartei“ ab. In diesem Kontext sind etwa auch Rudolfs Vorwürfe an den Adel zu sehen, der nicht in der Lage sei, eine

⁷ HHStA, Geheime Kabinettskanzlei 21, fol. 3; abgedruckt bei Oskar v. MITIS, Das Leben des Kronprinzen Rudolf, mit Briefen und Schriften aus dessen Nachlass, Leipzig 1928, 56f.

⁸ Arthur SKEDL (Hg.), Der politische Nachlaß des Grafen Eduard Taaffe, Wien 1922, 391 (10. Aug. 1881); für Kraus' Biographie vgl. Bohemia, 7./8. Juli 1881.

⁹ HAMANN (Hg.), Schriften (wie Anm. 5), 66f., 72f.

¹⁰ Tagebuch Graf Egbert Belcredi, 4. Juni 1887. Eine von Antonin Okac hergestellte Abschrift der Tagebücher findet sich im Mährischen Landesmuseum in Brünn und wird demnächst von Johannes Kalwoda ediert werden.

¹¹ Belcredi-Tb. 1. Juli 1882; HAMANN, Rudolf (wie Anm. 3), 139.

konservative Partei ins Leben zu rufen und zu führen – zu ergänzen wäre: gemeint war damit natürlich eine konservative Partei nach englischem Vorbild, ohne nationale oder klerikale Fundamente, sondern eine liberal-konservative, die sich mit einer radikal-liberalen Partei an der Macht abwechselte.¹²

Ganz und gar nicht erfreut war der Kronprinz hingegen, als sich ein Teil des katholischen Hochadels der sozialen Frage zuwandte. Diese „Sozialkonservativen“ verfolgte Rudolf mit Ingrim: *Jetzt hetzen sie die Arbeiter in den Kampf. Sie wollen diese Elemente ausspielen, doch dabei wird Ordnung, Existenz, Handel, Gesetz und die Möglichkeit einer ruhigen Entwicklung gefährdet.*¹³ Dem Polizeipräsidenten lag er in den Ohren, wegen seiner Verbindung mit radikalen sozialistischen Agitatoren gegen den Prinzen Aloys Liechtenstein vorzugehen. Der biedere Beamte wand sich: Zum Ausweisen läge nicht genug vor, gab aber zu, *wäre er kein Fürst, dann würde man ihn zur Polizei vorladen, um ihn zu warnen.*¹⁴ Der Kaiser formulierte es um die selbe Zeit so: *Einem Schwarzenberg oder Liechtenstein kann niemand etwas ausreden oder gar befehlen.*¹⁵ Rückblickend hat man das Hauptaugenmerk vielfach auf die Gefahren des Antisemitismus gelegt; damals war es vor allem der Vorwurf, mit dem Umsturz zu kokettieren und geradezu sozialistische Strömungen¹⁶ hoffähig zu machen, der nicht bloß Rudolf umtrieb, sondern auf der anderen Seite auch Gegner, wie beispielsweise die Grafen Clam, den Initiativen der „Sozialkonservativen“ mit äußerster Skepsis begegnen ließ.¹⁷

Rudolfs Perspektive des Nationalitätenkonflikts wies ebenfalls viele Gemeinsamkeiten auf mit den Anschauungen Pleners. Beide gingen von einer zivilisatorischen Mission der deutschen Kultur aus, die sich von der Verteidigung des „nationalen Besitzstandes“ unterschied, wie ihn eine kommende

¹² Diese Passagen konnten keineswegs in erster Linie gegen Albrecht gerichtet sein, der vielmehr ähnliche Vorwürfe an den Adel richtete, vgl. HAMANN, Rudolf (wie Anm. 3), 98f.; Rudolf warnte später auch noch Franz Ferdinand vor Albrecht; dennoch ist die Vorstellung einer „Hofpartei“ um Albrecht in das Reich der Legende zu verweisen.

¹³ HHStA, Hausarchiv, Selekt Kronprinz Rudolph (in Hinkunft nur als Selekt zitiert) 17, Briefe an Szeps II, 9. Jan. 1884.

¹⁴ HHStA, Selekt 17, Briefe an Szeps III, 15. Feb. 1884.

¹⁵ HHStA, Selekt 17, Briefe an Szeps II, 23. Jan. 1884.

¹⁶ Rudolf bekundete Interesse an der Sozialdemokratie, bewunderte auch, wie sie in ihren Reihen nationale Rivalitäten ausschaltete (HAMANN, Rudolf [wie Anm. 3], 172f.), schrieb jedoch vom Sozialismus *mit seinen utopischen Zerstörungsgedanken* und war gegen eine Heranziehung der Arbeiter zur politischen Willensbildung; vgl. HAMANN (Hg.), Schriften (wie Anm. 5), 64, 145.

¹⁷ Vgl. Lothar HÖBELT & Jiri GEORGIEV, Graf Heinrich Clam Martinic und Kaiser Franz Joseph: Mißverständnisse unter Konservativen. In: Ulrich ZELLENBERG (Hg.), *Konservative Profile*, Graz 2003, 169–197.

Generation von Deutschnationalen auf ihre Fahnen geschrieben hatte, aber in ihrer selbstverständlichen Identifikation der deutschen Sprache als Vehikel des Fortschritts und der Kultur für alle slawischen Völker der Monarchie noch viel provokanter wirken musste.¹⁸ Deutsch als *Armeesprache und als obligatorischer Lehrgegenstand in den höheren Schulen* wollte Rudolf am liebsten auch in den verbündeten Balkanstaaten eingeführt wissen. Bis eine *Weltsprache* erfunden sei, *hat wohl die deutsche Sprache, als die wortreichste, kultivierteste, die eine Fülle von Wissen und Literatur aufzuweisen imstande ist, am meisten Recht, diesen Platz als Armee- und Kultursprache in der alten Monarchie und in dem von ihr abhängigen Oriente einzunehmen.*¹⁹ Die Deutschnationalen mit ihrer Forderung nach einer administrativen Teilung Böhmens widersprachen den staatsrechtlichen Prinzipien der Tschechen; sie verkörperten auf Landesebene jene *separatistischen* Impulse, wie sie die Tschechen auf Reichsebene in Stellung brachten. Daraus resultierte Kampf, aber ein Ringen auf derselben Ebene.

Rudolf äußerte in diesem Zusammenhang auch Verständnis dafür, wenn in Kreisen der akademischen Jugend eine staatsfeindliche Stimmung um sich greife; um einer solchen Entwicklung Einhalt zu gebieten, sei es nötig, eine Kurskorrektur der inneren Politik vorzunehmen.²⁰ Seine Missstimmung erreichte 1883/84 einen Höhepunkt: *Der Verzweigungskampf der Männer der Vereinigten Linken hat etwas Großartiges und kennzeichnet die Situation.*²¹ Einen Monat später heißt es gar: *Ich bin jetzt schon der Meinung, eine friedliche Lösung helfe nichts mehr und sei ausgeschlossen. Der Kaiser muß vor den Folgen dieser Politik auf drastische Weise erschrecken, nur dann kann eine Änderung kommen.*²² Als Verbündete im Kampf gegen die *völlige Dezentralisation* betrachtete er in erster Linie die Armee. Den Satz: *Die Armee ist das einzige Bindemittel, welches in diesem Chaos noch den Reichsgedanken vertritt, sie ist großösterreichisch, man muß sie schützen, pflegen und für sich gewinnen*, hätte auch Franz Ferdinand jederzeit unterschrieben;²³ nicht aber die Beweggründe: denn das Offizierskorps sei *bei uns fast ausschließlich bürgerlich, liberal*. An diesen Befund knüpften sich Hoffnungen, die bis zur klammheimlichen Vorfreude auf einen Mili-

¹⁸ Vgl. Lothar HÖBELT, Staatssprache oder Zweiteilung? Der Wendepunkt der deutschen Politik in Böhmen 1883–86. In: Helmut RUMPLER & Lubos VELEK (Hg.), (Wien 2015).

¹⁹ Zitiert bei HAMANN, Rudolf (wie Anm. 3), 304.

²⁰ HAMANN (Hg.), Schriften (wie Anm. 5), 162f.

²¹ HHStA, Selekt 17, Briefe an Szeps II, 22. April 1883.

²² HHStA, Selekt 17, Briefe an Szeps II, 11. Mai 1883.

²³ HHStA, Selekt 17, Briefe an Szeps III, 6. Feb. 1884. Wie später Franz Ferdinand, trat auch Rudolf für eine Gagenerhöhung für Offiziere ein (ebd. 8. Feb. 1884).

tärputsch reichten, dass nämlich *über kurz oder lang die Armee als der letzte Schutz und Hort des Staatsgedankens und der Ordnung mit eiserner Hand eingreifen wird zur Rettung des Bürgerstandes und des geordneten Staatslebens, als liberal fühlende[s], staaterhaltende[s] Element, das all diese Übel auf energische, ich gebe zu unsanfte Weise heilen wird.*²⁴

Die Betonung der zivilisatorischen Mission der deutschen „Kulturtrageri“ (wie sie in slawischen Sprachen gerne verballhornt aufs Korn genommen wurden) rückte Rudolf in die Nähe der großösterreichischen Strömung der österreichischen Liberalen, die als Zentralisten immer noch ein wenig dem großen Österreich vor dem Ausgleich mit Ungarn 1867 nachtrauerten. Diese skeptische Haltung gegenüber dem Ausgleich, oder gegenüber den Trends und Tendenzen, die er freigesetzt hatte, schimmert auch in manchen von Rudolfs Äußerungen hin und wieder durch, wenn er etwa die ungarische Auffassung von der transleithanischen Reichshälfte als eigenem Staat kommentierte: *Man will doch noch an den einen Staat glauben.*²⁵ Freilich: Der Vergleich macht sie sicher; Österreich, so schrieb er 1883, *kommt durch diese slawisierende Politik auf denselben Standpunkt wie Ungarn, dem die wirkliche Basis eines modernen Staates fehlt, das große Bürgertum, nur kommt hier noch die reaktionäre Richtung hinzu und da ist mir das in sich zerfallende, liberale Ungarn noch lieber als das Taaffe'sche Österreich.*²⁶

Diese Haltung war jedoch in den achtziger Jahren mit einer Motivation versehen, die den üblichen Tiraden zu diesem Thema diametral entgegengesetzt war. Rudolf bedauerte nämlich, dass sich die Ungarn – und insbesondere Ministerpräsident Kalman Tisza – an den Verhältnissen in der cisleithanischen Reichshälfte desinteressiert zeigten. Denn für ihn ging es darum: *Nun stehen wir vor dem Kampf des liberalen Elements gegen die Reaktion in beiden Reichshälften.* Er begrüßte es, wenn Tisza Anfang 1884 angeblich den Fehdehandschuh aufnahm und den Kaiser vor die Alternative stellte: *Er oder Taaffe.*[...]

²⁴ HHStA, Selekt 17, Briefe an Szeps III, 19. Nov. 1884; Szeps II, 9. Jan. 1884. Gegnerschaft zu Taaffe witterte Rudolf *selbst bei diesem so ultrakonservativen Mann* wie Generalstabschef Beck; vgl. Edmund GLAISE-HORSTENAU, Franz Josephs Weggefährte, Wien 1930; Scott LACKEY, The Rebirth of the Habsburg Army. Friedrich Beck and the Rise of the General Staff, Westport 1995.

²⁵ HHStA, Selekt 17, Briefe an Szeps IV, 24. März 1885; ein Hinweis auf *gutes und großösterreichisches Schaffen* auch ebd. VI, 21. März 1888. In diesem Sinne wird man Rudolf auch kaum Sympathien für die ungarische Opposition gegen das neue Wehrgesetz 1888/89 unterstellen, auch wenn sich damals selbst Andrassy gegen die projektierten Deutsch-Prüfungen für Reserveoffiziere aussprach; vgl. Friedrich GOTTAS, Ungarn im Zeitalter des Hochliberalismus. Studien zur Tisza-Ära (1875–1890), Wien 1976, 73f.

²⁶ HHStA, Selekt 17, Briefe an Szeps II, 29. Aug. 1883.

*Vederemo!*²⁷ Als leuchtendes Vorbild galt Rudolf da Gyula Andrassy, der als ungarischer Ministerpräsident 1871 noch aktiv daran beteiligt gewesen sei, das konservative Ministerium unter Graf Karl Hohenwart in „Cisleithanien“ zu stürzen.²⁸

Während Taaffe die „Versöhnung“ der Völker auf konservativer (und katholischer) Basis zustande bringen wollte, träumte Rudolf von einer Einigung auf der Basis liberaler Prinzipien. Dafür gab es immer wieder Ansätze, z. B. wenn die Tschechen gegen die Zumutung aufbegehrten, im Rahmen des Eisernen Ringes klerikale Politik zu treiben; *Die Tschechen ärgern sich in der Schulfrage mit den Klerikalen gehen zu müssen; ich freue mich über diese Geschichte.*²⁹ Auf lange Sicht waren freilich gerade im nationalliberalen Milieu beider Seiten derlei Ansätze dünn gesät (von Einzelgängern wie Adolph Fischhof und eine Zeitlang auch Tomas G. Masaryk abgesehen). Im Großen und Ganzen maß Rudolf der böhmischen Frage übrigens keine besondere Bedeutung zu: Die Deutschen müssten zufriedengestellt werden. *Was schadet hingegen der Groll der Tschechen?* Noch abschätziger lautete sein Urteil über das *politisch und sozial zur Staatenbildung vollkommen unfähige, in jeder Richtung unverlässliche polnische Element* oder gar über die Slowenen, die erst vom Ministerium Taaffe als *politisch berechnete Nation erfunden und großgezogen* worden seien.³⁰

Rudolfs Sympathien für die Emanzipationsbestrebungen der *interessanten Nationalitäten* bezogen sich in erster Linie auf den Balkan, auf Südslawen (und Rumänen). Der Balkan war für ihn das unverzichtbare Hinterland der Monarchie, die natürliche Expansionsphäre, nicht unbedingt im Sinne territorialer Annexionen, bis nach Saloniki, wie er es noch 1878 angestrebt hatte,³¹ sondern im Sinne einer Vorherrschaft über Länder, die Österreich-Ungarn die Befreiung vom osmanischen Joch, aber auch den Schutz vor der russischen Knute zu danken hätten. Auch hier finden sich Anklänge an die Strategie des jungen Andrassy und die Überlegungen der Großösterreicher anlässlich der Orientkrise 1875/78. Rudolf kritisierte die Inkonsequenz der österreichischen Politik: Sie habe die Südslawen zum Aufstand aufgereizt, sie dann aber im Stich

²⁷ HHStA, Selekt 17, Briefe an Szeps II, 23. Jan. 1884. Konkret ging es damals um die Opposition der ungarischen Magnatentafel gegen die Politik Tiszas – eine Opposition, die von Mitgliedern des österreichischen Herrenhauses angefangen und gefördert wurde.

²⁸ HAMANN (Hg.), Schriften (wie Anm. 5), 105, 116, 146, 168; vgl. Lothar HÖBELT, Devolution Aborted: Franz Joseph I and the Bohemian ‚Fundamental Articles‘ of 1871. In: Parliaments, Estates & Representation 32 (2012), 37–52.

²⁹ HHStA, Selekt 17, Briefe an Szeps I, 16. April 1883.

³⁰ HAMANN (Hg.), Schriften (wie Anm. 5), 160, 163f. (1886).

³¹ HAMANN, Rudolf (wie Anm. 3), 187.

gelassen und Russland in die Arme getrieben. Der Konflikt mit Russland war für ihn ein früher oder später unausweichlicher. *Nichts kann uns vor diesem Kampfe bewahren.* An einer Stelle heißt es sogar, *ein großer Krieg wäre für unsere inneren Verhältnisse von Vorteil*;³² er bedauerte, dass es Andrassy nicht erlaubt worden war, diesen Krieg schon 1878 zu führen;³³ er hielt aber daran fest, dass dieser Krieg lieber früher als später zu führen sei. Die Erneuerung des Dreikaiserbundes 1884 hielt er dagegen für einen Canossa-Gang, ein österreichisches „Olmütz“.³⁴

So erscheint es keineswegs abwegig, dass Rudolf seinen Freund, den serbischen König Milan Obrenović, zu kriegerischen Abenteuern ermuntert haben soll, auch wenn der Zeitpunkt im Herbst 1885 unglücklich gewählt war.³⁵ Die Aufrechterhaltung des osmanischen Reiches hielt er für verlorene Liebesmüh. Die Meerengen und Konstantinopel solle man am besten an Griechenland übergeben. *Wir können und dürfen weder Serbien noch Griechenland im Stich lassen. Das hieße sich aufgeben.*³⁶ Seinem journalistischen alter ego, Moritz Szeps, vertraute Rudolf an: *Ich kam auf merkwürdige Weise mitten in das Getriebe unserer mißglückten Orientpolitik hinein und wurde von Kalnoky viel verwendet und noch mehr vom Kaiser, als die Sache recht verfahren war.*³⁷ Den-

³² HAMANN (Hg.), Schriften (wie Anm. 5), 134 (1884), 172 (1886); Hamann wertet diese Aussagen in ihrer Biografie freilich als punktuelle Verirrungen (HAMANN, Rudolf [wie Anm. 3], 289, 311).

³³ HAMANN (Hg.), Schriften 103, 151; zu den Kontroversen um Andrassys Politik vgl. Rainer SCHMIDT, Die gescheiterte Allianz. Österreich-Ungarn, England und das Deutsche Reich in der Ära Andrassy (1867 bis 1878/79), Frankfurt/M. 1992, 471ff.

³⁴ Eine Anspielung auf das Zurückweichen Preußens vor Österreich in der deutschen Frage, das auf einem Treffen in Olmütz 1850 besiegelt worden war.

³⁵ Count Chedomille MIJATOVICH, The Memoirs of a Balkan Diplomatist, London 1917, 53f.; vgl. zur Person Slobodan G. MARKOVIC, Count Cedomilj Mijatovic, a Leading Serbian Anglophile. In: Balcanica 38 (2007), 105–132. Auf alle Fälle hat Rudolf den serbischen Angriff auf Bulgarien zunächst mit einem „Die Dinge stehen gut für uns“ kommentiert (HAMANN, Rudolf [wie Anm. 3], 298); er hätte es nicht für richtig gehalten, diesen Krieg zu verhindern (HAMANN [Hg.], Schriften [wie Anm. 5], 174).

³⁶ HHStA, Selekt 17, Briefe an Szeps IV, 13. Okt. 1885.

³⁷ HHStA, Selekt 17, Briefe an Szeps IV, 9. Juni 1885; auch seine Bekanntschaft mit dem *Türkenhirsch*, dem jüdischen Philanthropen und Finanzier der Orientbahn, fügt sich in dieses Bild ein. Rudolf ärgerte sich später insbesondere auch über *die kleinliche Rache* Ferdinands von Bulgarien gegen Hirsch, *der ihm nie helfen wollte, da er Ferdinands Wahl nicht billigte.* (Briefe an Szeps VI, 19. Okt. 1888); Szeps hatte sich gewundert, *wie wird Herr von Burian* [der spätere Außenminister, damals Geschäftsträger in Bulgarien], *die kräftigen Worte, die man ihm aus Wien vermittelt, in Sofia vorbringen?* (Szeps-Briefe IV, 17. Okt. 1888); zur damit angesprochenen bulgarischen Inbesitznahme des Abschnitts der Orientbahn in Ostrumelien vgl. Friedrich SCHERER, Adler und Halbmond. Bismarck und der Orient 1878–1890 (Paderborn 2001), 486–489. In

noch plädierte er für einen Sturz Kalnokys; eine Rückkehr Andrássys mit seinem scharf antirussischen Kurs schien ihm am Platze.³⁸ Dem gern kolportierten Bild des Friedensfreundes widerspricht auch die nebenhin geworfene Bemerkung, es sei prinzipiell zwar nichts dagegen einzuwenden, Italien das Trentino zu überlassen. Da dies aber strategisch nachteilig wäre, sei auch gegen Italien bei günstiger Gelegenheit ein Präventivkrieg in Aussicht zu nehmen, wie das noch kurz vor Abschluss des Dreibundes von österreichischen Militärs tatsächlich erwogen wurde.³⁹

Freilich: Der Entscheidungskampf gegen Russland konnte, bei Licht besehen, nur mit massiver deutscher Unterstützung gelingen. Rudolf war 1883 deshalb auch in Sorge, dass man sich in Wien *Deutschland entfremdet*.⁴⁰ Es ist möglich, dass Rudolf – wie Andrassy – in dieser Beziehung immer noch zu optimistisch urteilte. Gewisse abschätzige Bemerkungen über das Chaos der russischen Armee weisen darauf hin. Andererseits versprach der Zweibund Österreich-Ungarn nur gegen einen unprovzierten Angriff Russlands zu decken, ganz im Sinne des Bismarck-Wortes, der ganze Balkan sei nicht die Knochen eines einzigen pommer'schen Musketiers wert. Von dem preußischen Falken Waldersee, Moltkes Stellvertreter, übernahm Rudolf das Schlagwort, man sei in Berlin „altersschwach“.⁴¹ Darüber hinaus galt: Wenn Deutschland durch einen Krieg mit Frankreich gebunden war, konnte es Österreich-Ungarn im Osten beim besten Willen keine allzu große Unterstützung leisten. Ein weiterer „Kronprinz“, nämlich Herbert Bismarck, zog daraus die Schlussfolgerung – die nicht geheim blieb –, im Ernstfall werde man Österreich einfach opfern und sich mit Russland auf seine Kosten verständigen. Vater Bismarck löste das Problem für sich 1887 viel eleganter mit dem Rückversicherungsvertrag.

Diese Konjunktoren reichen hin, um die Zweifel Rudolfs am Wert der deutschen Allianz zu erklären, ganz ohne auf sein schlechtes Verhältnis zu Wilhelm (II.) zu rekurrieren, den er charakterisierte: *gottbegnadete Beschränktheit, dabei energisch und eigensinnig wie ein Stier, sich selbst für das größte Genie haltend*.⁴² Wenn Rudolf sich in dieser Phase als Friedensbewahrer sah, dann

Fragen der ‚haute finance‘ engagierte sich Rudolf namentlich auch für das Kongo-Projekt seines Schwiegervaters Leopold von Belgien (Briefe an Szeps IV, 10./27. Feb. 1886).

³⁸ HHStA, Selekt 17, Briefe an Szeps IV, 19. Mai und 13. Okt. 1885.

³⁹ HAMANN (Hg.), Schriften (wie Anm. 5), 165, 176f.; vgl. Lothar HÖBELT, Kein Bismarck und kein Moltke: Regierung, Militär und Außenpolitik in Österreich-Ungarn 1860–1890. In: Michael EPKENHANS & Gerhard P. GROSS (Hg.), Das Militär und der Aufbruch in die Moderne 1860 bis 1890, München 2003, 75–92.

⁴⁰ HHStA, Selekt 17, Briefe an Szeps I, 31. Mai 1883.

⁴¹ HHStA, Selekt 17, Briefe an Szeps V, 1. u. 28. Sept. 1886.

⁴² HHStA, Selekt 17, Briefe an Szeps VI, 24. Aug. 1888.

entbehrt diese Haltung nicht einer gewissen ironischen Note, sowohl in Bezug auf seine bisherigen kriegerischen Töne als auch in Bezug auf seine vermeintlichen Widersacher, waren es doch gerade Franz Joseph und Bismarck, die sich 1887/88 gegen die Fronde der Präventivkriegsbefürworter durchsetzten.⁴³ Gerade Wilhelm II. aber sollte sich nach seinem Konflikt mit Bismarck und der Kündigung des „Rückversicherungsvertrages“ mit Russland als viel kompromissloserer Anhänger des Zweibundes deklarieren.⁴⁴

In ein gewisses Zwielicht getaucht erscheinen in diesem Zusammenhang die vielzitierten, vielleicht auch überschätzten Kontakte Rudolfs nach Frankreich. Die Wertschätzung Frankreichs, *als Urquelle aller liberalen Ideen und Institutionen am Kontinent*, ja auch noch die Bewunderung für die *Titanenatur* Gambettas,⁴⁵ zählten gewissermaßen zum liberalen Standardrepertoire. Brisanter waren da schon die Verbindungen, die über Szeps zur Familie Clemenceaus bestanden, zählte Clemenceau 1886/87 doch eine Zeitlang zu den Förderern des Kriegsministers Boulanger, der mit seiner Agitation das Gespenst eines Revanchekriegs gegen Deutschland heraufbeschwor. Die Bewegung Boulangers ging noch dazu aus einem innenpolitischen „les extremes se touchent“ hervor, von Radikalen und Bonapartisten, wie es Rudolf in seiner Heimat immer vehement abgelehnt hat. Doch schließlich kehrte auch Clemenceau im November 1887 dem General den Rücken, sobald dessen Kontakte zur monarchistischen Rechten offenkundig geworden waren.⁴⁶ Bismarck hat diese Kontakte Rudolfs mit Argusaugen betrachtet, sie einmal auch als Begründung dafür angeführt, seinerseits *unsere russischen Schiffe nicht zu verbrennen*, erhielt von seinen Gewährsleuten in Wien aber durchgehend beruhigende Versicherungen.⁴⁷

⁴³ Konrad CANIS, *Bismarcks Außenpolitik 1870–1890. Aufstieg und Gefährdung*, Paderborn 2004, 334 ff.

⁴⁴ Ebd. 298f., 350f.; DERS., *Von Bismarck zur Weltpolitik. Deutsche Außenpolitik 1890 bis 1902*, Berlin 1997, 39.

⁴⁵ HHStA, Selekt 17, Briefe an Szeps I, 19. Nov. 1882, 13. Jan. 1883.

⁴⁶ David S. NEWHALL, *Clemenceau. A Life at War*, Lewiston 1991, 132–148; Jean-Baptiste DUROSELLE, *Clemenceau*, Paris 1988, 242–250; Jean GARRIGUES, *Le general Boulanger*, Paris 1991, 25, 40, 101, 120, 127, 145f. Anfangs hatten die Monarchisten (Orleanisten) mit Ferrys gemäßigten Republikanern (Union de Gauche) gegen Boulanger Stellung bezogen, ab November 1887 unterstützte der Graf von Paris jedoch Boulanger und verzieh ihm seine früheren Ausfälle gegen Angehörige des Königshauses. Baron Hirsch, der weiter in Verbindung mit dem Kronprinzen stand, unterstützte Boulangers Allianz mit den Monarchisten 1888 übrigens durch 200.000 Francs, dürfte Rudolf (und Szeps) dabei aber nicht ins Vertrauen gezogen haben.

⁴⁷ HAMANN, Rudolf (wie Anm. 3), 204, 382f.

Es konnte nicht ausbleiben, dass sowohl Bismarck als auch Clemenceau in die diversen Verschwörungstheorien Eingang gefunden haben, die sich um den Tod Rudolfs in Mayerling ranken.⁴⁸ Es ist in der Literatur weiterhin umstritten, ob Rudolfs Selbstmord einem lange gehegten Plan entsprang⁴⁹ oder einer momentanen Eingebug bzw. einem unmittelbaren Anlass. Für seine politischen Pläne ist die Antwort auf diese Frage nur insofern von Interesse, als die Variante der „Selbstmordmanie“ sich leichter mit einem Szenarium der Verzweiflung in Verbindung bringen ließe, das auch politische Komponenten aufweisen könnte, nicht zuletzt eine politische Kehrtwendung in seinem letzten Lebensjahr, noch über das offenkundige Scheitern seiner Kriegspläne gegen Russland hinaus. Dezierte Hinweise auf eine solche Neu- oder Desorientierung „fünf Minuten vor zwölf“ lässt seine Korrespondenz allerdings vermissen. Brigitte Hamanns diesbezügliche Hypothesen fußen bloß auf Pressespekulationen und Zuträgereien, wie sie Jahrzehnte später veröffentlicht wurden.⁵⁰

⁴⁸ Vgl. z. B. mit dunklen Andeutungen gewürzt, aber durch keinerlei Belege gestützt: Erich FEIGL, Kaiser Karl. Persönliche Aufzeichnungen, Zeugnisse und Dokumente, München 1984, 7–64, mit der These, Vertrauensleute Clemenceaus hätten Rudolf umgebracht, weil er sich nicht an die Spitze eines Staatsstreichs in Österreich stellen wollte, den sie als außenpolitischen Erfolg benötigten, um sich innenpolitisch vor dem Aufstieg ihres ehemaligen Verbündeten Boulanger und den Anfängen des Panama-Skandals zu schützen.

⁴⁹ Die Belege dafür bestehen aus den Berichten eines Polizeiagenten, der sich auf indirekt übermittelte Aussagen von Rudolfs Geliebter Mizzi Caspar berief; vgl. HAMANN, Rudolf (wie Anm. 3), 429f.; dagegen: Ingrid HASLINGER, „Rudolf war immer ein guter Sohn.“ Mayerling war ganz anders, Wien 2009, 195ff.; auch die Frage der Erkrankung Rudolfs an Lues oder Gonorrhoe ist nachträglich kaum schlüssig zu beantworten; vgl. HAMANN, Rudolf, 389, 393; HASLINGER, Guter Sohn, 158f.

⁵⁰ Vgl. HAMANN, Rudolf (wie Anm. 3), 366, 371f., 439. Ohne jeden Beleg muss die Vermutung Hamanns auskommen, Rudolf habe mit der *für uns glücklichen, kriegerischen Zeit* im August 1888 im Gegensatz zu all seinen früheren Äußerungen plötzlich einen Krieg gegen Deutschland an der Seite Russlands gemeint (ebd. 394), plötzlich wird als Beleg einer Polemik Vogelsangs in der ‚Kreuz-Zeitung‘ überraschende Beweiskraft attestiert (ebd. 384–7); die Zuordnung des in Paris erschienenen „offenen Briefes“ von ‚Julius Felix‘ erscheint äußerst fraglich (ebd. 345–356), auch die „wohlerwiesene“ Auseinandersetzung mit Franz Joseph wenige Tage vor Rudolfs Tod stützt sich bloß auf Bediententratsch (ebd. 442, 453), vollends die Behauptung, dass Rudolf gegen die Verlängerung des Zweibundes „verzweifelt ankämpfte“ (ebd. 454), ist aus der Luft gegriffen – und ergäbe auch nur dann Sinn, wenn sich inzwischen tragfähige Anknüpfungen mit dem Zarenhof ergeben hätten, wovon die russische Überlieferung nichts verlauten lässt.

III. Der konservative Thronfolger

Franz Ferdinand war ein Konservativer.⁵¹ Auch das ist zweifellos richtig. In gewissem Maße war ihm diese Position schon in die Wiege gelegt: Sein Vater Karl Ludwig (1833–1896), lange Jahre Statthalter im „heiligen Land“ Tirol, galt als der konservative Erzherzog, der seinem Sohn gegenüber die Vorzüge des böhmischen Adels pries, den Rudolf so verachtete;⁵² Rudolf ließ einmal in einer Nebenbemerkung fallen, die Polen schmeichelten Karl Ludwig, um ihn als künftigen König zu gewinnen; die Stiefmutter Franz Ferdinands, Marie Theresia von Braganca (1855–1944), erweckte Rudolfs Wohlgefallen, doch wohl mehr ihrer Gestalt wegen als ihrer Gesinnung.⁵³ (Sie brachte noch vor 1914 mit Restaurationsbestrebungen zugunsten ihrer portugiesischen Verwandtschaft die österreichisch-ungarische Außenpolitik in Verlegenheit.)⁵⁴ Aber das Etikett „konservativ“ wirft mindestens so viele Fragen auf wie die Kennzeichnung Rudolfs als Liberaler. Als konservativ galten in den achtziger und neunziger Jahren in Böhmen die Staatsrechtler, in den Alpenländern die „Klerikalen“, die sich zu katholischen Volksparteien entwickelten; in Wien war diese Spezies überhaupt unbekannt.

Dabei galt Franz Ferdinands erste bekannte Intervention in der „hohen Politik“ einer Wiener Causa. Er beschwerte sich im Herbst 1895 über die Nichtbestätigung Luegers als Wiener Bürgermeister.⁵⁵ Diese Episode passt zu der Annahme, Franz Ferdinand könne nach der politischen Farbenlehre zwangsläufig nur zu den „Schwarzen“ gehört haben, die ihn auch gerne für sich reklamierten.⁵⁶ Wie bei Rudolf und den Liberalen liefen auch diese Kontakte in erster Linie über die Presse: Friedrich Funders „Reichspost“ galt vor 1914 als das Sprachrohr des Belvedere. Allerdings darf man dabei nicht außer Acht lassen: Die „Reichspost“ war anders als in der Ersten Republik mitnichten das christlichsoziale „Zentralorgan“, sondern ein Blatt, das vom Katholikentag

⁵¹ Vgl. jüngst die beiden ausgezeichneten Biographien: Jean-Paul BLEDE, Franz Ferdinand. Der eigensinnige Thronfolger, Wien 2013; Alma HANNIG, Franz Ferdinand. Die Biographie, Wien 2013; neuerdings auch die monumentale Materialsammlung von Wladimir AICHELBURG, Erzherzog Franz Ferdinand von Österreich-Este 1863–1914. Notizen zu einem ungewöhnlichen Tagebuch eines außergewöhnlichen Lebens. Europas Weg zur Apokalypse, 3 Bde., Horn 2014.

⁵² AICHELBURG, Notizen I, 326 (17. Nov. 1888).

⁵³ HAMANN, Rudolf, 85.

⁵⁴ HHStA, Tagebuch Alexander v. Spitzmüller 16. Mai 1912, 12. Jan. 1915.

⁵⁵ Lothar HÖBELT, Der Thronfolger und die politischen Parteien. In: *Etudes Danubiennes* 27 (2011), 13–23.

⁵⁶ Vgl. zur Kritik dieser Legende auch John BOYER, *Culture and Political Crisis in Vienna. Christian Socialism in Power, 1897–1918*, Chicago 1995, 334f.

1892 inspiriert worden war, um den Zwiespalt zwischen alpinen Konservativen und Wiener Christlichsozialen zu überwinden, dabei aber auch dem „Vaterland“ als Stimme der böhmischen Konservativen ein dezidiert deutsches Organ zur Seite, wenn schon nicht entgegenzustellen.⁵⁷

Franz Ferdinands Philippika vom November 1895 war auch nicht in erster Linie eine Liebeserklärung an Lueger mit seiner schillernden Vergangenheit als Kompagnon des jüdischen Linksliberalen Mandl wie des deutschnationalen Proto-Irredentisten Schönerer. Was den Thronfolger empörte, war weniger die Absage an Lueger als Person, sondern die Motive, die er dahinter witterte: den Einfluss der Deutschliberalen auf den Premier, den später so wild umstrittenen polnischen Grafen Kasimir Badeni. Im Sommer 1895 war die „Große Koalition“ aus Liberalen und Konservativen, das Ministerium Windisch-Graetz, zerbrochen. Doch Badeni nahm auf die alten Mehrheitsparteien weiterhin Rücksicht; oder – was Franz Ferdinand noch mehr erboste – er nahm auf die ungarische Reichshälfte Rücksicht, die gegen Lueger wegen seiner Polemik gegen die „judäo-magyarische Clique“ angeblich ein Veto eingelegt habe, das ihr staatsrechtlich nicht zustand (das aber natürlich ganz im Sinne Rudolfs gewesen wäre!).

Interessant waren auch die Adressaten des Briefes: Franz Ferdinand wandte sich mit seinem Anliegen keineswegs an die zuständige Stelle, den Kaiser,⁵⁸ sondern an die Vertreter der führenden, hochadeligen Familien des konservativen Großgrundbesitzes in Böhmen, die Schwarzenbergs, oder auch Grafen wie Heinrich Clam und Ernst Silva-Tarouca, die Rudolf wegen angeblicher nächtlicher Exzesse in ihrer Jugend einmal sogar persönlich ins Visier genommen hatte.⁵⁹ Die böhmischen Tories sollten die Opposition gegen das Regime anführen, das sich von den Liberalen diesseits und jenseits der Leitha an der Nase herumführen ließ – und dieses „schöne patriotische Werk“ keineswegs den

⁵⁷ Wenn ihr späterer Chefredakteur Friedrich FUNDER, *Vom Gestern ins Heute*. Aus dem Kaiserreich in die Republik, Wien 3. Aufl. 1971, 125 schreibt, die Richtung der ‚Reichspost‘ sei ‚eindeutig christlichsozial‘ gewesen, so bezieht er dabei die alpinen Konservativen, die Katholische Volkspartei, die erst 1907 mit den Christlichsozialen fusionierte, bereits ein.

⁵⁸ Später einmal, als ihm Czernin 1905 nahelegte, er solle zum Kaiser gehen, um gegen das allgemeine Wahlrecht zu protestieren, antwortete der Thronfolger. „Nein, das täte er nicht! Er würde sich nicht hinauswerfen lassen!“; Ernst v. RUTKOWSKI (Hg.), *Briefe und Dokumente zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie unter besonderer Berücksichtigung des böhmisch-mährischen Raumes*, Teil III: *Der Verfassungstreue Großgrundbesitz 1905–1908*, München 2011, 182.

⁵⁹ HAMANN, Rudolf (wie Anm. 3), 170; Neues Wiener Tagblatt 18. März 1883, S. 3 („Noble Fensterwerfer“).

Jungtschechen überlassen, die zu Badeni als einer Neuauflage der „Großen Koalition“ aus ganz anderen Gründen in Opposition standen.⁶⁰

Badeni – oder auch jeder andere Ministerpräsident – konnte es dem Thronfolger nicht recht machen. Charakteristisch für den besonderen, geschmäckerischen und wetterwendischen Charakter von Franz Ferdinands Opposition war: Er hatte Badeni 1895 seinen Kotau vor den Deutschliberalen vorgeworfen; er war genauso wenig zufrieden, als Badeni 1897 wegen seiner Sprachenverordnungen in einen explosiven Konflikt mit den Deutschliberalen, ja den Deutschösterreichern in genere geriet. Dabei hatte Franz Ferdinand, wie er später kundtat, gegen das Kernstück der Badeni'schen Sprachenverordnungen, die Doppelsprachigkeit im äußeren Dienst der Behörden, sprich: im Verkehr mit den Bürgern, überhaupt nichts einzuwenden. Aber er wollte den Konflikt mit den Deutschen nicht auf die Spitze treiben und versicherte sie privat seiner Sympathie; mag sein, dass selbst die Obstruktion im Reichsrat für ihn kein solches Sakrileg darstellte, wie man hätte vermuten dürfen, weil er dem Parlamentarismus – wie viele der böhmischen Tories – mit einer gewissen Skepsis gegenüberstand.⁶¹

Zur Krise im Verhältnis zu den Christlichsozialen – und zu Franz Ferdinands ehemaligem Vertrauten, Baron Max Wladimir Beck – kam es, sobald der Kaiser aus der verfahrenen Situation im Reichsrat, wo einander deutsche und tschechische Obstruktion ablösten, den Schluss zog, das Kurienparlament sei nichts mehr wert, und sich 1905/06 öffentlich auf die Durchführung des allgemeinen und gleichen (Männer-)Wahlrechts festlegte. Auch hier war eine gewisse Ambivalenz im Spiel: Als Drohung gegenüber den Ungarn war Franz Ferdinand dieses Spiel mit dem Feuer sehr wohl recht; doch in Österreich wollte er nichts davon wissen. Nun war mit der Wahlreform aber auch eine Reform der Wahlkreiseinteilung verbunden, die ganz eindeutig den bisher benachteiligten ländlichen Bezirken zugute kam – und damit Franz Ferdinands Ansprechpartnern unter den katholischen Parteien.⁶² Als Gegner der Wahlreform blieben deshalb nur Verbündete übrig, die Franz Ferdinand lieber nicht ‚Unter den Linden‘ grüßen wollte: Alldeutsche und slowenische Liberale oder auch der Polenklub.

⁶⁰ Robert A. KANN, *Erzherzog Franz Ferdinand Studien*, Wien 1977, 117 (Brief an Karl Schwarzenberg, 13. Okt. 1895).

⁶¹ Vgl. die Belege bei HÖBELT, *Thronfolger und die Parteien* (wie Anm. 55), 15.

⁶² Lothar HÖBELT, *Zur Wechselwirkung von Wahlrecht und Parteienstruktur*. In: Thomas SIMON (Hg.), *Hundert Jahre allgemeines Wahlrecht in Österreich* (= Rechtshistorische Reihe 400), Frankfurt/M. 2010, 155–165.

Ein Exempel statuieren wollte Franz Ferdinand nach der Verabschiedung der Wahlreform zuallererst an Beck, seinem früheren Ratgeber, den er im Herbst 1908 zu stürzen half.⁶³ Rudolf hatte im Langzeitpremier Taaffe für die relativ kurze Zeit seines politischen Engagements in den achtziger Jahren ein Feindbild vor Augen gehabt, das Kontinuität verkörperte. Franz Ferdinand hatte es zwischen 1895 und 1914 mit nicht weniger als acht österreichischen Ministerpräsidenten zu tun.⁶⁴ Mit seiner Unterstützung konnte kaum einer von ihnen rechnen, am ehesten noch Becks Nachfolger Richard v. Bienenrth. Gerüchten zufolge wollte der Thronfolger für Bienenrth eine katholisch-agrarische Achse als „Arbeitsmehrheit“ zimmern; doch Bienenrth erhielt sich sein Wohlwollen, auch als diese Variante scheiterte.

Als Feindbild, das derlei Augenblickskonjunkturen überdauerte, hatte der Thronfolger sich vielmehr eine Gestalt im Hintergrund auserkoren: Rudolf Sieghart (Singer), einst Leiter des Preßbureaus der Liberalen vor ihrem Fall,⁶⁵ dann von Koerber bis Beck Sekretär des Ministerratspräsidiums, ab 1910 schließlich Gouverneur der Bodencreditanstalt. Sieghart galt als die Inkarnation der *nouveau riches* und Objekt einer Götzenanbetung, die seine Gegner noch vermehrten, wenn sie behaupteten, er sei mächtiger als der Kaiser selbst.⁶⁶ Es hieß, Kultusminister Stürgkh höchstpersönlich sei Siegharts Taufpate gewesen, als er vom Judentum zur Katholizismus konvertierte; bei seinen Manövern gegen den unaufhaltsamen Aufstieg des umstrittenen Konvertiten konnte Franz Ferdinand immerhin mit der Unterstützung der Rothschilds rechnen.⁶⁷

Politisch war der Thronfolger nach 1907 heimatlos, oder auch unabhängig, wie es seiner Stellung gebührte: Er hielt über diverse Mittelsmänner Kontakt zu verschiedenen Parteien. In Böhmen versuchte der spätere Außenminister Graf Ottokar Czernin eine Annäherung der beiden Parteien des Großgrundbesitzes zustande zu bringen, die gemeinsam als Zünglein an der Waage im Landtag den verfeindeten Volksparteien das Gesetz des Handelns vorschreiben sollten.⁶⁸ Im Reichsrat schätzte Franz Ferdinand den ersten Obmann des Deut-

⁶³ Zum Sturz Becks vgl. BOYER, *Culture and Crisis* (wie Anm. 56), 140–7; Lothar HÖBELT, *Kornblume und Kaiseradler. Die deutschfreiheitlichen Parteien Altösterreichs 1882–1918*, Wien 1993, 264–7.

⁶⁴ Einer von ihnen, Paul v. Gautsch, übte diese Funktion in diesem Zeitraum sogar dreimal aus (1897/98, 1905/06 und im Sommer 1911).

⁶⁵ Aus dieser Zeit hat sich, noch unter dem Namen Singer, ein großes Konvolut seiner Korrespondenz im Mährischen Landesarchiv C 46, Familienarchiv Chlumecky (Karton 16) erhalten.

⁶⁶ HHStA, Spitzmüller-Tb. 22. Jan. 1911; Nl. Berchtold 5, Tb. 4. März 1916 (Zitat Konrad Hohenlohes).

⁶⁷ Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA/AA), Österreich 86/19, 3. Nov. 1911.

⁶⁸ HÖBELT, *Thronfolger und Parteien* (wie Anm. 55), 16f.

schen Nationalverbandes, den mährischen Industriellen Baron Karl Chiari, Vetter eines Admirals (und Schwiegervater von Guido Schmidt, dem Außenminister 1936 bis 1938);⁶⁹ von Luegers Diadochen bei den Christlichsozialen war er wenig angetan: Prinz Aloys Liechtenstein als formelles Oberhaupt der Partei war für ihn angeblich überhaupt eine persona non grata; die Berufung von Luegers vielleicht wichtigstem Mitarbeiter Albert Geßmann ins Herrenhaus lehnte er nach einigem Zögern ab.⁷⁰

Um den sogenannten Belvedere-Kreis, die Summe seiner Berater und Informanten, bildete sich im Laufe der Zeit eine eigene Legende. Es fällt auf, dass viele der Namen, die hier genannt wurden, aus altliberal-verfassungstreuen Familien kamen, im Zeitalter der Massenparteien aber keine rechte politische Heimat mehr fanden, wie z. B. die beiden Freiherren Leo Chlumecky (der Sohn von Siegharts erstem Chef!) oder Johannes Eichhoff. FML Karl v. Bardolff trat nach dem Ersten Weltkrieg an die Spitze des Deutschen Klubs. Czernin gab nach seinem ersten Gespräch mit dem Thronfolger seinen Eindruck wieder: *Ich halte ihn für viel weniger klerikal, als man behauptet.*⁷¹ Konservative hatten bisher immer als Föderalisten gegolten; Franz Ferdinand aber war ein zentralistischer Konservativer. Das war in der österreichischen Politik etwas qualitativ Neues – und entsprach doch einer Stimmung unter den böhmischen Tories, die sich von ihrer früheren Allianz mit der tschechischen Nationalbewegung zunehmend distanzieren.⁷²

Was Franz Ferdinand mit den alten Liberalen verband, und wohl auch mit Rudolf der Erzherzog war Zentralist und Großösterreicher. Der *Anfang allen Übels sei die Teilung der Monarchie im Jahre 1867.*⁷³ Anders als bei Rudolf war diese Einstellung durch keinerlei anderweitige Sympathien für die Ungarn gemildert, für ihr Selbstbewusstsein und „ihr Vertrauen in die Zukunft, Eigenschaften, welche jede liberale Aera mit sich bringt“. Im Gegenteil: Die Gegnerschaft zur magyarischen „Oligarchie“ war für Freund und Feind der

⁶⁹ Nl. Franz Ferdinand 11, Brosch Nr. 159, 18. Nov. 1910; HÖBELT, Kornblume und Kaiseradler (wie Anm. 63), 267.

⁷⁰ BOYER, Culture and Crisis (wie Anm. 56), 334, 341, 595; FUNDER, Vom Gestern ins Heute (wie Anm. 57), 386. Beiden wurden nicht zuletzt die Anschuldigungen zum Verhängnis, sie unterhielten zu enge Kontakte mit Sieghart. In einer Notiz Brosch' unmittelbar nach dem Tod Luegers hieß es, Geßmann sei *ganz brav, aber unpopulär*, der Oberösterreicher Alfred Ebenhoch († 1912) *indolent*, Liechtenstein *schwer krank* (Nl. Franz Ferdinand 11, Brosch Nr. 142, 15. Juli 1910).

⁷¹ RUTKOWSKI (Hg.), Großgrundbesitz III (wie Anm. 58), 183 (19. Nov. 1905).

⁷² Lothar HÖBELT, „Verfassungstreue“ und „Feudale“: Die beiden österreichischen Adelsparteien (1861–1918). *Etudes Danubiennes* 7 (1991), 103–114.

⁷³ AICHELBURG, Notizen I (wie Anm. 51), 948.

archimedische Punkt in der Einschätzung des Thronfolgers – und der möglichen Folgen seiner Thronbesteigung. Unter der Oligarchie verstand Franz Ferdinand das Establishment der Franz Joseph- und Tisza-Ära, keineswegs irgendwelche exaltierten Schreier aus den Reihen der Unabhängigkeitspartei, die in den Jahren nach ihrem Wahlsieg 1906 in einer Großen Koalition urbi et orbi ihre Harmlosigkeit demonstriert hatte.⁷⁴

Franz Ferdinand zog daraus in gewisser Weise durchaus konsequent seine Schlüsse, wenn er die Unterscheidung zwischen den (verfassungstreuen) „Siebenundsechzigern“ und den „Achtundvierzigern“ der Unabhängigkeitspartei für obsolet erklärte. Ganz Ungarn bewege sich auf einer schiefen Bahn; der Unterschied sei bloß, dass Leute wie Graf István Tisza, der Ministerpräsident vor 1905 und ab 1913, dabei klüger vorgingen und deshalb gefährlicher seien. Der Thronfolger kannte folglich auch keine Berührungängste, wenn er über seine Mittelsmänner auch mit der Äußersten Linken der Unabhängigkeitspartei um Gyula Justh Kontakt hielt.⁷⁵ Der Vorstand seiner Militärkanzlei, Alexander v. Brosch, schrieb darüber in der Regierungskrise 1910 in Ungarn, man solle *niemand zurückstoßen, der an dem Wettkriechen um die Gunst E. Ksl. Hoheit teilnimmt*. Für das allgemeine Wahlrecht in Ungarn müsse man *auch mit den Erzfeinden der Monarchie zusammenarbeiten*, denn wenn einmal 100 bis 150 Abgeordnete der Nationalitäten im ungarischen Reichstag säßen, würden sich beide Seiten hinaufzitzieren, wer mehr für die Armee ist. Solange es zu keinen offiziellen Audienzen komme, so fügte er charakteristischerweise hinzu, könne man diese Verbindungen ja immer noch leugnen, *notfalls unter Opferung der Mittelsmänner*.⁷⁶

Was Franz Ferdinand im Falle seiner Thronbesteigung in Ungarn wirklich getan hätte, steht in den Sternen. Die Optionen reichen vom Bürgerkriegsszenarium bis zur alten Spruchweisheit, bellende Hunde beißen nicht. Zweifel sind allerdings angebracht beim Gegenprojekt, das meist mit dem Namen des Thronfolgers verbunden wird, dem Trialismus. Franz Ferdinand hatte um 1906/08, als die Krise mit Ungarn noch nicht ausgestanden war, allerdings Kontakte zur kroatischen Rechtspartei gesucht, sie dann aber fallenlassen. Der Leiter seiner Militärkanzlei, Brosch von Aarenau, schrieb deshalb 1910 ausdrücklich: *Das Schlagwort Trialismus ist ganz gut, die Magyaren zu schrecken*,

⁷⁴ Auf Deutsch die beste Darstellung bei Geza Andreas von GEYR, Sandor Wekerle 1848–1921. Die politische Biographie eines ungarischen Staatsmannes der Donaumonarchie (= Südostdeutsche Arbeiten 91), München 1993, 209–325.

⁷⁵ KANN, Franz Ferdinand Studien (wie Anm. 60), 109f.

⁷⁶ HHStA, Nl. Franz Ferdinand 11, Brosch Nr. 127, 22. Juni 1910; vgl. auch BLED, Thronfolger (wie Anm. 51), 217, 220.

zu mehr dürfte es aber ernstlich nicht kommen. [...] Mit dem Schlagwort des *Trialismus*, wenn es von unten gegeben wird, darf nicht gespielt werden.⁷⁷ Wie so oft wissen wir auch in diesem Fall viel mehr über die Projekte und Ansichten, die dem Thronfolger vorgetragen wurden, weniger über seine ureigensten Reaktionen darauf. Allerdings ist die Vorstellung, dass der Erzherzog ermordet wurde, gerade weil man seinen Einfluss auf die Südslawen fürchtete, wohl ins Reich der Legende zu verweisen: Den Attentätern der Mlada Bosna ging es um einen Repräsentanten der Monarchie als Symbolfigur, ohne Ansehen der Person; außerdem galt ihnen der Erzherzog zu Unrecht als Kriegstreiber.⁷⁸

Engen Kontakt hielt Franz Ferdinand vor dem Kriege in der „anderen Reichshälfte“ weniger mit den Südslawen, sondern – neben dem Slowaken Milan Hodza, dem späteren Prager Ministerpräsidenten⁷⁹ – vor allem mit den siebenbürgischen Rumänen, die Anfang 1914 mit Tisza über einen Ausgleich verhandelten.⁸⁰ Die Haltung des Belvedere in dieser Frage war zumindest ambivalent: Bardolff, Brosch' Nachfolger als Chef seiner Militärkanzlei, wusste die strategischen Imperative zu würdigen, die für eine Verbesserung der Beziehungen mit Rumänien sprachen, aber auch die Gefahr, dass ein Abschluss in dieser Richtung die Position Tiszas festigen könnte, was keineswegs im Interesse des Erzherzogs lag, der eben erst die Ernennung Ottokar Czernins zum Botschafter in Bukarest durchgesetzt hatte, aber allen seinen Anregungen, er möge doch einmal Tisza empfangen – und sei es auch nur, um ihm gehörig die Meinung zu sagen – ein beharrliches Njet entgegensetzte.⁸¹

In der Beurteilung der Nationalitäten lassen sich zwischen dem Thronfolger und dem Kronprinzen – sieht man vom Problem Ungarn einmal ab – erstaunliche Parallelen feststellen: Zu Unrecht hat man zuweilen von Franz Ferdinands böhmischer Frau auf etwaige Sympathien für die tschechische Nationalbewegung geschlossen. Über Karel Kramář und Vaclav Klofac, immerhin die Führer der beiden führenden nationalen Parteien Böhmens, äußerte er sich

⁷⁷ HHStA, Nl. Franz Ferdinand 11, Brosch Nr. 124, 17. Juni 1910; BLEd, Thronfolger (wie Anm. 51), 209–211; Mirjana GROSS, Erzherzog Franz Ferdinand und die kroatische Frage. In: Österreichische Osthefte 8 (1966), 277–299.

⁷⁸ Vojislav PAVLOVIC, François-Ferdinand, une menace ou un pretexte. L'image de l'heritier du trone dans les milieux serbes. In: Etudes Danubiennes 27 (2011), 109–124.

⁷⁹ Vgl. Emilia HRABOVEC, Die slowakische Politik in Österreich-Ungarn vom Vorabend des Ersten Weltkriegs bis zur Entstehung der Tschecho-Slowakei (Diplomarbeit Wien 1990); DIES., Milan Hodza und die slowakische „Belvedere-Politik“, in: Austria-Slovaca – Slovacia-Austriaca (Wien 1999), 99ff.

⁸⁰ Keith HITCHINS, The Nationality Problem in Hungary: István Tisza and the Rumanian National Party, 1910–1914. In: Journal of Modern History 53 (1981), 619–651.

⁸¹ HÖBELT, Thronfolger und Parteien (wie Anm. 55), 22.

angeblich einmal, man solle sie am besten über die russische Grenze abschieben;⁸² zu Recht wunderte sich der Erzherzog, warum er als Tschechenfreund gelte,⁸³ wie es die unentwegten Alldutschen weiterhin mit Vorliebe kolportierten, wenn sie z. B. eine Woche vor Sarajewo aus Anlass des Besuchs Kaiser Wilhelms in Konopischt über Sophie Chotek schrieben: „Die schöne, liebenswürdige und geistreiche Schloßfrau selber ist ja überzeugte Tschechin – und zugleich eine überzeugte Untertanin Roms.“⁸⁴

Auch die Polen, immerhin eine der Stützen fast jeder Regierung im alten Österreich, erfreuten sich beim Thronfolger (vielleicht gerade deshalb?) verhältnismäßig geringer Sympathien. So ließ er ausdrücklich dementieren, dass Finanzminister Leon v. Bilinski, vielleicht mehr als alle anderen galizischen Politiker mit der Monarchie verbunden, sich seiner Protektion erfreue.⁸⁵ Im Gegenzug „packelte“ er mit den Ukrainern, die er 1913 sogar zur Obstruktion im Reichsrat auffordern ließ, in erster Linie, um die Verabschiedung eines ihm missliebigen Gesetzesentwurfs zu verhindern, der Dienstpragmatik, aber immerhin gepaart mit der Aussicht auf sein späteres kaiserliches Wohlwollen. Was die Abneigung gegen die Italiener betrifft, war ebenfalls kein Dissens mit Rudolf auszumachen; allenfalls hatte Rudolf dieselbe Haltung in nüchternere Floskeln gekleidet als Franz Ferdinand mit seinen Sägern über die *verfl. Ketzelmacher*.⁸⁶

Die vielleicht deutlichsten Unterschiede zwischen Kronprinz und Thronfolger lassen sich auf dem Gebiet der Außenpolitik konstatieren: Rudolf ging von einer westlichen Mission der Österreicher auf dem Balkan aus und von einem antagonistischen Verhältnis zu Russland, das früher oder später, aber besser früher als später, durch die Waffen entschieden werden müsse. Franz Ferdinand gab öfters zu verstehen, dass es ihn nicht nach weiteren serbischen Untertanen, *Spitzbuben und Königsmördern*, gelüste; er hielt den gesamten Balkan ganz offensichtlich auch für kein erfolgversprechendes Terrain für zivilisatorische Missionen. Das Beste sei es, so schrieb er bei Beginn des Zweiten Balkankrieges, wie aus der Loge zuzuschauen, wie sich die Schurken gegenseitig

⁸² PA/AA, Österreich 70/49, Bericht des preußischen Militärattachés, 27. Feb. 1913.

⁸³ HHStA, Spitzmüller-Tb. 19. Nov. 1911; vgl. auch BLED, Thronfolger (wie Anm. 51), 225f.

⁸⁴ Ascher Nachrichten, 20. Juni 1914; zu unterscheiden ist allerdings zwischen den eigentlichen „Alldeutschen“, unentwegten Anhängern Schönerers, und den Deutschradikalen (oder sogenannten „Freialldeutschen“) Karl Hermann Wolfs, die sehr wohl Kontakte zum Thronfolger suchten; vgl. HÖBELT, Thronfolger und Parteien (wie Anm. 55), 19f.

⁸⁵ HHStA, Nl. Franz Ferdinand, Brosch 225 (4. Nov. 1911); Spitzmüller-Tb. 31. Okt. 1911.

⁸⁶ KANN, Franz Ferdinand Studien (wie Anm. 60), 237 (12. April 1914).

umbringen.⁸⁷ Nur ganz kurz, im November 1912, liebäugelte auch der Thronfolger mit einer militärischen Intervention gegen Serbien;⁸⁸ bereits wenige Wochen später hatte er diese Meinung revidiert und trat in der Folge auch allen Tiraden seines einstigen Protégés Conrad über Präventivkriege auf dem Balkan entgegen.⁸⁹

Franz Ferdinand hielt am Bündnis mit Rumänien fest, nicht zuletzt weil er – trotz aller beunruhigenden Indizien im Lande – seinem *herrlichen König* Carol vertraute, einer *wahren Leuchte unter den Herrschern: Machen Sie Rumänien groß; es sind Gott [sei] Dank keine Slawen*.⁹⁰ Hingegen war er von einer tiefen Abneigung gegen den anderen potentiellen Verbündeten Österreichs auf dem Balkan erfüllt, den bulgarischen Zaren Ferdinand, das *falsche Mistvieh*, einen Coburger mit Palais in Wien und Gütern in Ungarn: *Wenn ein Mann seine erste Frau umbringt, die 2te wie ein Abwaschweib behandelt, die Religion wie einen Handschuh wechselt & immer nur lügt und betrügt, so ist das kein Bundesgenosse für unseren altehrwürdigen Staat*.⁹¹ In diesem Punkt ergab sich wiederum eine auffallende Übereinstimmung nicht bloß mit Kaiser Wilhelm II., der Ferdinand nach Möglichkeit auswich, sondern auch mit Rudolf, der schon ein Vierteljahrhundert zuvor gegen *Ferdinand den Großen*, diesen *elenden Kerl*, gewettert hatte.⁹²

Vor allem aber: Zum Unterschied von Rudolf lehnte Franz Ferdinand einen Krieg gegen Russland konsequent ab. Einschlägigen Argumenten, die vor Russlands militärischer Aufholjagd warnten, entgegnete er: Es sei ihm *ganz gleichgültig, wie viel Menschen u. Kanonen Rußland mehr oder weniger hat – ich will*

⁸⁷ Alma HANNIG, „Wir schauen in der Loge zu.“ Thronfolger Franz Ferdinand und die Außenpolitik Österreich-Ungarns vor dem Ersten Weltkrieg. In: *Etudes Danubiennes* 27 (2011), 51–66; BLED, Thronfolger (wie Anm. 51), 231ff.; KANN, Franz Ferdinand Studien (wie Anm. 60), 219, 223.

⁸⁸ HANNIG, Franz Ferdinand (wie Anm. 51), 178–184.

⁸⁹ Lawrence SONDHaus, Franz Conrad von Hötzendorf. Architect of the Apocalypse, Boston 2000, und Wolfram DORNIK, Des Kaisers Falke. Wirken und Nach-Wirken von Franz Conrad von Hötzendorf, Innsbruck 2013, überschätzen den Einfluss Conrads allerdings gewaltig. Der Kaiser lächelte noch im Moment, als er selbst erklärte, eine dritte tatenlose Mobilisierung für kaum möglich zu halten, über Conrads „Heftigkeit“ und „weitreichende Unternehmungslust“; vgl. Jozsef GALANTAI, Die Österreichisch-Ungarische Monarchie und der Weltkrieg, Budapest 1979, 179 (Burians Tagebucheintragung 14. Okt. und Brief an Tisza 15. Okt. 1913).

⁹⁰ KANN, Franz Ferdinand Studien (wie Anm. 60), 218f. (12./16. Jan. 1913).

⁹¹ HANNIG, Franz Ferdinand (wie Anm. 51), 168 (6. Juli 1913); KANN, Franz Ferdinand Studien (wie Anm. 60), 219, 225. Der Passus über die ermordete erste Frau bezieht sich auf eine medizinisch als riskant betrachtete Schwangerschaft.

⁹² HHStA, Selekt 17, Briefe an Szeps V, 1. Sept. 1887; VI, 19. Okt. 1888.

*Rußland mit uns gehen sehen.*⁹³ Irgendwann fiel dann auch die Urfassung des gern kolportierten, weil prophetischen Zitats, der Zar und er seien doch nicht so dumm, einander gegenseitig vom Thron zu stochern.

Vor diesem Hintergrund muss es umso mehr auffallen, dass Franz Ferdinand persönlich kaum Kontakte zum Zarenhof pflegte und sich offenbar keine Rechenschaft darüber ablegte, dass die Gefühle monarchischer Solidarität, die er für Russland aufbrachte – und wie sie beispielsweise während des Russisch-Japanischen Krieges belegt sind –, nicht unbedingt auf Gegenseitigkeit beruhten, sondern er in St. Petersburg im Gegenteil oft als „Haupt der Kriegspartei“ angesehen wurde.⁹⁴

IV. Resümee

Jeder Vergleich der beiden Thronfolger muss vor allem in Betracht ziehen, dass beide der gleichen Generation angehörten⁹⁵ – ihre Geburtsdaten lagen ja nur fünf Jahre auseinander –, aber zu ganz unterschiedlichen Zeiten politisch aktiv waren. Rudolf starb mit knapp dreißig Jahren; Franz Ferdinands Stellung als Thronfolger wurde – nach Krankheit und Weltreise – mit dreißig Jahren erst so wirklich anerkannt. In den achtziger Jahren stand Franz Joseph in der Blüte seiner Jahre; als die Rivalität von Schönbrunn und Belvedere sprichwörtlich wurde, war Franz Joseph der ehrwürdige Greis, als der er immer noch präsent war, rüstig und von erstaunlich robuster Konstitution, aber doch bereits in einem vorgerückten Alter, wo mit seinem Ableben jederzeit gerechnet werden musste. Entsprechend benahmen sich die Würdenträger des Reiches, die stets ein wenig über die Schulter schielten nach den Reaktionen des künftigen Kaisers. Die Fähigkeit, mit Franz Ferdinand ein auskömmliches Verhältnis zu unterhalten, ohne es an der schuldigen Loyalität für den regierenden Monarchen fehlen zu lassen, war nicht allen gegeben – einer, der diese Aufgabe zu beiderseitiger Zufriedenheit erfüllte, war ganz offensichtlich der Charmeur

⁹³ Günther KRONENBITTER, „Krieg im Frieden“. Die Führung der k. u. k. Armee und die Großmachtpolitik Österreich-Ungarns 1906–1914, München 2003, 276 (laut Tagebuch des Militärattachés in St. Petersburg, Graf Lelio Spannocchi).

⁹⁴ HANNIG, Franz Ferdinand (wie Anm. 51), 157f.

⁹⁵ Das persönliche Verhältnis der beiden Erzherzöge war offenbar ein gutes. Rudolf erteilte seinem Cousin gute Ratschläge im Umgang mit Kaiser Franz Joseph (*er ist froh, wenn er es vermeiden kann, eine Rüge zu erteilen, was ihm selbst sehr unangenehm ist*), warnte ihn aber vor Albrecht (*hat Freude am Schimpfen, Intrigieren und Schaden; denn er ist böse*); AICHELBURG, Notizen I (wie Anm. 51), 223 (26. Nov. 1884).

Berchtold.⁹⁶ Vor allem aber hatte Franz Ferdinand seit 1906 als Generalinspekteur der gesamten bewaffneten Macht eine Position inne, die ihm ex officio Gewicht und Mitspracherecht verlieh. Sein Einfluss erstreckte sich insbesondere auf die Personalpolitik des Heeres, auch wenn er mit vielen seiner Kreaturen über kurz oder lang in Konflikt geriet.

Dieser Fuß im Establishment war es, der Rudolf im wesentlichen fehlte; allenfalls seine Besuchsdiplomatie am Balkan – sein Verhältnis zu König Milan oder zum „Türkenhirsch“, dem Betreiber der Orientbahn – mochte eine Spur von aktivem politischem Einfluss versprechen. Rudolf hat einmal von sich gesagt, er wolle kein Frondeur werden. In diesem Sinne ist auch der Buchtitel mit dem Zitat Franz Josephs zu verstehen: „Rudolf war immer ein guter Sohn“.⁹⁷ Äußerungen über das Militär, das hoffentlich bald eingreifen werde, um die Entwicklungen im Inneren der Monarchie umzukehren, hätten bei einem Generalinspekteur der bewaffneten Macht als Alarmsignal gelten müssen. Bei einem Oberst in der Provinz mochten sie als Ausdruck der Frustration abgetan werden, ohne unmittelbares Gefahrenpotential.⁹⁸

Weltanschaulich, so ließe sich vielleicht resümieren, stellten Franz Joseph und Rudolf ein Gegensatzpaar dar; Schönbrunn und Belvedere nicht. Dennoch – oder vielleicht gerade deshalb – waren die aktuellen Konflikte zwischen Franz Ferdinand und Franz Joseph, zwei konservativen Katholiken, viel schärfer ausgeprägt. Franz Joseph mit seiner Skepsis gegenüber aller „Wolkenschieberei“ mochte Rudolfs Schwärmereien wenig abgewinnen. Aber was die Regierungspraxis im Österreich der achtziger und neunziger Jahre betraf, war er von Rudolf nur um Nuancen entfernt. Franz Joseph setzte auf Mittelparteien; er wollte die Deutschen nicht in eine permanente Opposition treiben. In dieser Beziehung war er mit Rudolf ganz eines Sinnes. Noch im Jahr von Mayerling begann sich mit den böhmischen Landtagswahlen das Menetekel für den Eisernen Ring Taaffes abzuzeichnen; Franz Joseph leitete einen langsamen Kurswechsel ein, ganz im Sinne Rudolfs, als er Taaffe zu einem Entgegenkommen an die Adresse der Deutschböhmen aufforderte.

Franz Ferdinand hingegen spielte tatsächlich den Frondeur, auch wenn er keine prinzipiell andere Linie verfolgte als der alte Kaiser: Mit der Praxis der Beamtenregierungen, die eine Arbeitsmehrheit zusammenstellten, aber keine

⁹⁶ Die österreichische Diplomatie sei durch Berchtolds Vorgänger, *Golu[chowski] und Aehr[enthal]* im systematischen Antagonismus gegen ihn erzogen worden, beschwerte sich Franz Ferdinand; vgl. KANN, Franz Ferdinand Studien (wie Anm. 60), 233 (21. Okt. 1913).

⁹⁷ HASLINGER, Guter Sohn (wie Anm. 49).

⁹⁸ Erst in seinen letzten Monaten war allerdings auch Rudolf zum Infanterie-Inspektor ernannt worden.

wirkliche Parlamentarisierung des Kabinetts zuließen, war er einverstanden. Doch der Teufel steckte im Detail. Für den Geschmack des Thronfolgers machten die Kabinette seines Onkels den Begehrlichkeiten der Parteien immer noch zu viele Konzessionen. Vor allem das hintergründige Fortwursteln des Grafen Stürgkh – der damit freilich in puncto Wehrgesetz parlamentarische Triumphe feierte – galt ihm als ausgemachte Schwäche. Er versuchte deshalb aktiv so manche Projekte der kaiserlichen Regierungen zu hintertreiben, wie z. B. die Dienstpragmatik für die Beamten oder den böhmischen Ausgleich in der Form, wie er 1911/12 zur Debatte stand. In beiden Fällen handelte es sich nicht um Justament-Standpunkte, sondern um die Wahrung kaiserlicher Prärogative, die der Thronfolger in Gefahr sah. Wenn der Monarch schon die Legislative mit den Parlamenten zu teilen habe, so sollte er doch die volle Verfügungsgewalt über die Exekutive, die Beamtenschaft, nicht aus der Hand geben. Auch in Böhmen ging es nicht darum, wie oft vermutet, den Erfolg des Ausgleichs für sich selbst zu reservieren, sondern darum, eine Auslieferung der Beamtenschaft an die nationalen Parteien zu verhindern: *Die Sprache der Beamten (tschechisches Postulat) und die Besetzung der Beamtenposten (deutsches Postulat) geht die Parteien gar nichts an.*⁹⁹ Mit diesem Anliegen – so schließt sich der Kreis – wäre der Thronfolger vermutlich auch bei seinem Vorgänger auf Verständnis gestoßen.

⁹⁹ Kriegsarchiv Wien, B/874: Nachlass Eichhoff, Mappe 34, Anhang zum Brief Bardolffs vom 13. Jan. 1913; HÖBELT, Thronfolger und Parteien (wie Anm. 55), 18; BLEED, Thronfolger (wie Anm. 51), 226; KANN, Franz Ferdinand Studien (wie Anm. 60), 152.